



Rede von Bürgermeister Mario Dahm zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes für das Jahr 2023 im Rahmen der Ratssitzung am 26. September 2022

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,

wenn eine Rede zur Haushaltseinbringung mit Wetter-Metaphern beginnt,
ist das selten ein gutes Zeichen. Und so ist es auch in diesem Fall.

Wir agieren im Nebel.

Wir leben in einer Zeit, in der sich Entwicklungen überschlagen. Wir gehen von
einer Krise nahtlos in die nächste über und reagieren stetig auf neue
Situationen. Keine davon hätte man zuvor überhaupt für möglich gehalten.
Das erschwert auch die Haushaltsplanung erheblich.

Dennoch legen wir Ihnen heute einen Haushaltsentwurf für 2023 vor. Im
Gegensatz zu fast allen anderen Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis haben wir
den Zeitplan nicht verschoben, denn wir wollen im nächsten Jahr möglichst
früh mit einem genehmigten Haushalt handlungsfähig sein.

Das bringt erhebliche Unschärfen mit sich. Orientierungsdaten hat das Land
bislang nicht vorgelegt. Umlagesätze sind nicht final geklärt. Die weitere
Preisentwicklung ist nicht prognostizierbar.

Doch wir agieren nicht nur im Nebel, wir stehen auch im Regen. Oder anders:
Wir werden einmal mehr im Regen stehengelassen.



Auf uns Kommunen kommen immer neue Aufgaben zu. Nach Corona – wenn man das überhaupt so sagen kann – sind es nun die Unterbringung von geflüchteten Menschen, die wirtschaftlichen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, die Energiekrise, die Inflation mit all ihren Folgen. Viele Probleme werden nach unten, in die Kommunen, durchgereicht. „Macht mal!“ Doch Hilfe bleibt aus.

Kein Entlastungspaket nimmt bisher die kommunalen Haushalte in den Blick, die erheblich zusätzlich belastet werden. Es gibt keine Lösung für die Frage der kommunalen Altschulden, die beim aktuellen Zinsanstieg zum Problem werden.

Die Schlüsselzuweisungen des Landes für Hennef sinken, obwohl das Land erhebliche Steuermehreinnahmen verzeichnet. Übrigens ein Befund, der für fast alle Rhein-Sieg-Kommunen gilt. Im Nachtragshaushalt der neuen Landesregierung tauchen die Kommunen nicht auf. Bis heute haben wir für die Einrichtung von zwei Notunterkünften für geflüchtete Menschen keinen einzigen Euro vom Land erhalten.

Stattdessen kündigt die Landesregierung an, wie schon bei der Corona-Pandemie, dass Mehrausgaben und Mindereinnahmen in Folge des Ukraine-Krieges in den kommunalen Haushalten erneut „isoliert“ werden. Das Gesetzgebungsverfahren steht noch aus. Einfach gesagt: Es soll wieder so getan werden, als gäbe es dieses Defizit aktuell nicht. Natürlich wenden wir diese Praxis an, denn etwas anderes bleibt uns nicht übrig. Aber es ist keine gesunde Entwicklung, auf diese Weise auf Krisen zu reagieren. Statt echter finanzieller Hilfen gibt es nur Buchhaltertricks. Denn die Schulden bleiben und werden in die Zukunft verlagert und später abgezahlt. Das sind allein im



Haushalt für 2023 rund **6,6 Millionen Euro** – und da sind die aktuell begonnenen Energiesparmaßnahmen schon eingerechnet.

Der Rhein-Sieg-Kreis erhöht in seinem Haushaltsentwurf die Hebesätze für die Kreisumlage erheblich. Allein hierdurch entstehen der Stadt Hennef im nächsten Jahr Mehrausgaben von **3,4 Mio. Euro** im Vergleich zum Vorjahr. Da der Kreis selbst nicht alle Mittel nutzt, um die Umlage zu senken, empfehlen wir Ihnen heute im weiteren Verlauf der Sitzung, das Benehmen zum Kreishaushalt nicht herzustellen.

Die Kommunen stehen mit dem Rücken zur Wand. Als Stadt Hennef haben wir zudem die Herausforderung, ab spätestens 2025 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu müssen, um nicht in den „Nothaushalt“ zu geraten. Das ist schon in sogenannten „normalen“ Zeiten eine schwere Aufgabe, die nun durch die beschriebenen Entwicklungen weiter erschwert wird.

Meine Damen und Herren,

ich will es bei diesen Ausführungen zur Lage der Kommunalfinanzen belassen, da Sie – so unterstelle ich – alle im Bilde sind. Ich rufe Sie auf, innerhalb Ihrer Parteien entsprechend zu wirken. Die Grünen sind in Kreis, Land und Bund in Verantwortung, die CDU in Kreis und Land. SPD und FDP übernehmen im Bund Verantwortung. Wir sollten als Kommunalpolitiker*innen gemeinsam die Forderung transportieren, dass die Kommunen mit den Auswirkungen der vielen Krisen nicht alleingelassen werden dürfen. Denn hier zahlt am Ende jeder Bürger und jede Bürgerin die Rechnung über den Grundsteuerbescheid oder über ausbleibende Investitionen und sinkende Standards. Und letztlich gefährden Räte, in denen nichts mehr entschieden werden kann, außer



Streichungen und Schließungen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Glauben in das demokratische System.

Nach diesem düsteren Blick möchte ich vier gute Nachrichten herausstellen:

- 1.) Zunächst ein Blick zurück: Der **Ergebnishaushalt für 2021** schloss mit einem **Überschuss von rund 513.000 Euro** ab. Geplant war noch ein Defizit von 7,2 Mio. Euro. Zurückzuführen ist dieser Erfolg auf eine positive Entwicklung der Gewerbesteuer und eine zurückhaltende und sparsame Bewirtschaftung der Ansätze, vor allem im Personalbereich. Das letzte Jahr war damit das erste seit 2012, das nicht mit einem Defizit abgeschlossen hat.
- 2.) Wir können die **Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer für das nächste Jahr konstant** halten. Vor uns liegt allerdings der Haushalt 2025. Aber auch für diesen können wir in der Haushaltsplanung bei den im letzten Jahr festgelegten Hebesätzen bleiben. Wie hoch diese Sätze dann schlussendlich in der Finanzplanung sein werden, hängt auch davon ab, wie sich die Kreisumlage und die Orientierungsdaten des Landes entwickeln. Hier sehen wir, wie eingangs erwähnt, zumindest noch Spielräume, die Kreisumlage zugunsten der Kommunen zu senken.
- 3.) Neben den konstanten Hebesätzen werden wir die Henneferinnen und Hennefer – den Beschluss des Rates zum Haushalt und zur Satzung vorausgesetzt – von den hohen **Friedhofsgebühren** entlasten können. Die Maßnahmen zur Effizienzsteigerung, die Vergrößerung des sogenannten Grünflächenanteils und die neue Kalkulation führen in den



meisten Fällen zu deutlich sinkenden Gebühren, teils sogar um vierstellige Beträge.

- 4.) Wir können Ihnen heute eine Finanzplanung vorlegen, die **im Jahr 2025 einen Überschuss von rund 400.000 Euro** ausweist, sodass wir die Haushaltssicherung verlassen werden können. „Können“ ist hier das entscheidende Wort. Aber lassen Sie mich ehrlich sein: Das wird noch ein ganz, ganz schwieriger Weg bis zu diesem Punkt werden. Denn je näher der „Tag X“ kommt, desto schwerer wird die Planung und desto größer der Verzicht. Hinzu kommen Entwicklungen, die von uns überhaupt nicht zu beeinflussen sind. Eine weitere Erhöhung etwa der Kreisumlage im Nachkommabereich oder eine Verschlechterung der Orientierungsdaten und der Überschuss ist weg.

Kommen wir zu den Haushaltszahlen, bei denen ich nur die wichtigsten herausgreife und ansonsten auf das umfangreiche Zahlenwerk verweise:

Im Ergebnisplan 2023 stehen den ordentlichen **Erträgen von 153,6 Mio. Euro** ordentliche **Aufwendungen von rund 164,8 Mio. Euro** gegenüber.

Verrechnet mit Finanzerträgen und -aufwendungen sowie außerordentlichen Erträgen weist der Ergebnisplan ein **Defizit von 5,98 Mio. Euro** auf und bleibt damit auf dem Niveau des Vorjahres.

Die größten Positionen im Haushalt sind zum einen die von der Stadt nicht beeinflussbaren **Transferaufwendungen**, die sich erneut auf jetzt 61,8 Mio. Euro erhöhen. Zum anderen fallen 46,7 Mio. Euro **Personalkosten** an. Auch hier wird es erneut eine Steigerung des Personalbedarfs geben, die sich allerdings weitgehend auf den Bereich des Jugendamtes mit seinen pflichtigen



Aufgaben und die Umstellungen im Rahmen der Gründung des Eigenbetriebs der Stadtbetriebe beschränkt. Andere wünschenswerte Bedarfe schlagen wir Ihnen mit Blick auf das Defizit erst gar nicht vor.

Je knapper die finanziellen Spielräume sind, desto wichtiger ist eine Prioritätensetzung. Denn wir wollen nicht nur den Mangel verwalten, sondern unsere Stadt nachhaltig gestalten. Dazu dient der heute vorgelegte Haushaltsentwurf. Ich möchte auf einige **Schwerpunkte** eingehen, die ich mit Chancengleichheit, Nachhaltigkeit und Sicherheit überschreibe.

Chancengleichheit

In einer gerechten Stadt braucht es beste Bildungschancen für die Jüngsten. Nur so entstehen gleiche Chancen auf ein gutes und gelingendes Leben für alle. Wir haben in Hennef eine gut aufgestellte Schullandschaft, die auch von den vielen einstimmigen Beschlüssen der letzten Jahre getragen ist.

Wir legen Ihnen heute einen Vorschlag vor, die Hennefer Bildungslandschaft weiter zu verbessern. Im Rahmen der Planungen der Fassadensanierung der Schulen an der Hanftalstraße hat sich herausgestellt, dass am jetzigen Standort für beide Schulen immer ein Raumproblem bleiben wird, dass die Entwicklung beschränkt. Deshalb schlagen wir Ihnen vor, die **Förderschule** an einen anderen Standort in eine dann umzubauende Bestandsimmobilie zu verlegen und so mit rund **14 Mio. Euro** Investitionsvolumen moderne und auf den Bedarf abgestimmte Bedingungen für die Förderschule zu schaffen.

Gleichzeitig entsteht dadurch am alten Standort an der Hanftalstraße ein Entwicklungspotenzial für die **Grundschule**, sodass der heute nicht gedeckte OGS-Bedarf abgebildet und zusätzliche Grundschulplätze geschaffen werden können. Die Entwicklung der Schüler*innenzahlen sowie der kommende



Rechtsanspruch auf einen Platz in der **Offenen Ganztagsgrundschule (OGS)** belegen den Bedarf einer wachsenden, jungen Stadt. Ein millionenteurer Interimsstandort während der Sanierung, sowie Erweiterungsbauten der Förderschule und für die OGS könnten durch die Verlagerung eingespart werden. Weiterhin notwendig bleibt die Sanierung der Fassade der beiden Schulgebäude für rund **7,3 Mio. Euro**, sodass es hier zu einer deutlichen Kreditaufnahme und Neuverschuldung käme, die mit den Investitionen in den Bildungsstandort und einer nachhaltigen und zukunftssicheren Lösung allerdings gut zu begründen sind.

Dieser Vorschlag, über den der Stadtrat nun zu beraten und schließlich zu entscheiden hat, hat aus Sicht der Verwaltung klare Vorzüge vor einer ebenfalls teuren baulichen Entwicklung beider Schulen am alten Standort bzw. einer deutlich teureren Neubaulösung, die mit bis zu 36 Mio. Euro zu kalkulieren wäre.

Weil neben dem Bedarf an OGS-Plätzen auch der Bedarf an **Kita-Plätzen** aktuell nicht gedeckt werden kann, sind im Haushaltsplanentwurf Planungskosten für eine weitere Kindertageseinrichtung vorgesehen, die auf der nicht benötigten Friedhofserweiterungsfläche des Warther Friedhofes entstehen könnte – sogar zeitnah, wenn die Fläche nicht für ein Interim der Hanftalschulen benötigt wird.

Die Grundschule und die Förderschule an der Hanftalstraße sind natürlich nicht die einzigen Schulen, die wir im Blick haben. An fast allen Schulgebäuden stehen kleinere Instandhaltungsmaßnahmen an. Für die Neugestaltung der **Außensportanlage der Grundschule Uckerath** wollen wir beispielsweise 80.000 Euro bereitstellen.



Nachhaltigkeit

Im Bereich der Nachhaltigkeit forcieren wir weiter die dringend benötigte Verkehrswende. Der **Masterplan Mobilität** soll im nächsten Jahr fertiggestellt sein. Dann geht es in die Umsetzung. Der Planungsausschuss hat sich auf eine geeignete und attraktive Variante für die **Radstation** am Bahnhof verständigt, für deren Planung und Bau Finanzmittel in Höhe von 4,1 Mio. Euro eingeplant sind, die hoffentlich zu einem großen Teil (zwischen 50 und 90 Prozent) durch Förderprogramme refinanziert werden können. Mit dieser Investition, einem – wie ich finde – großen Wurf, stärken wir den Radverkehr und schaffen rund 420 sichere Abstellplätze in unmittelbarer Bahnhofsnähe.

Eine **Radpendlerroute** zwischen Hennef und Uckerath soll im nächsten Jahr mit rund 230.000 Euro realisiert werden. Und auch der Ausbau des Nahverkehrs in diesem und den letzten Jahren schlägt mit einer auf über 3 Mio. Euro deutlich erhöhten **ÖPNV-Umlage** im Haushalt zubuche. Gemeinsam mit der Finanzierung über die allgemeine Umlage nähern wir uns jährlichen Ausgaben von 6 Mio. Euro für Bus- und AST-Verkehr. Bedeutsam und zukunftsweisend wird auch der **Verkehrsversuch** für den autofreien Schulcampus sein, der nach den Osterferien beginnen soll.

Der Klimawandel hat in diesem Sommer erneut sein trockenes und heißes Gesicht gezeigt, nach den folgenschweren Starkregenereignissen im letzten Jahr. Im Haushalt sind 100.000 Euro für die **Fortentwicklung und Schärfung des Klimaschutzkonzeptes** vorgesehen. Zudem gehen wir davon aus, bald die Förderzusage für die Einrichtung einer Stelle eines Klimaanpassungsmanagers oder einer Klimaanpassungsmanagerin zu erhalten, um im nächsten Jahr passgenaue Strategien zur Anpassung an den Klimawandel zu entwickeln.



Ergänzt werden sollen diese Bemühungen mit einem **Hitzeaktionsplan**, sofern Fördermittel des Landes fließen.

Das ist die konzeptionelle Ebene. Wir handeln aber auch auf der praktischen. Erneut sind 100.000 Euro für **Klimaschutzmaßnahmen** vorgesehen, über deren Einsatz im neuen Klimabeirat beraten werden soll. Wir wollen zudem weitere städtische Dachflächen für **Photovoltaik** nutzen und im nächsten Jahr Anlagen auf dem neuen Feuerwehrhaus in Stadt Blankenberg, auf dem Rathaus und der Katholischen Grundschule in der Wehrstraße errichten. Hinzukommen sollen eine große Anlage für das Abwasserwerk und eine Freiflächenanlage an der Kläranlage Dondorf – hier ist dann der Wirtschaftsplan der Stadtbetriebe entscheidend.

Den **Marktplatz** wollen wir klimagerecht anpassen und als Stadtmittelpunkt attraktiver gestalten. So soll das gesellschaftliche Leben auch in heißen und trockenen Sommern auf diesem zentralen, stark versiegelten Platz möglich bleiben und Menschen in das Stadtzentrum ziehen. Hierfür sind Mittel für mobile Stadtbegrünung, einen Trinkbrunnen und ein Wasserfontänenfeld eingeplant.

50.000 Euro sind zudem vorgesehen für das neue Projekt „**Bäume für Spielplätze**“, mit dem wir auch diese für Kinder wichtigen Räume dem Klimawandel anpassen wollen. Das Projekt soll zudem durch eine Spenden- und Beteiligungsaktion in der Stadtgesellschaft ergänzt werden, um eine möglichst breite Wirksamkeit zu entfalten.



Sicherheit

Das dritte Schwerpunktthema ist das Thema Sicherheit. Aktuell laufen die Baumaßnahmen für zwei neue, moderne und allen Anforderungen entsprechende **Feuerwehrlhäuser in Söven und Stadt Blankenberg**. Hierfür sind die leider üblichen Preissteigerungen eingepreist. Insgesamt investieren wir an beiden Standorten damit **15,4 Mio. Euro** in unsere Freiwillige Feuerwehr, deren wichtige Arbeit und unseren Schutz.

Der Brandschutzbedarfsplan weist den Bedarf für einen **weiteren Feuerwehrstandort** im Bereich Kleinfeldchen/Hossenberg aus, um die Einsatzzeiten im nördlichen Stadtgebiet zu verbessern. Hier wollen wir in die Umsetzung kommen: Für das Bauleitplanverfahren sind im nächsten Jahr Mittel vorgesehen. Die neue Feuerwache soll dann als Interim für **rund 1,2 Mio. Euro** im Jahr 2024 entstehen.

Erwähnt werden müssen an dieser Stelle auch die aktuellen Investitionen für den Katastrophenfall mit acht sogenannten „**Leuchttürmen**“, die über eine Notstromversorgung, Heiztechnik und ausfallsichere Kommunikation verfügen werden. Da diese Anlaufpunkte nach den Herbstferien bereits betriebsbereit sein sollen, finanzieren wir die rund halbe Million schweren Investitionen durch Verschiebungen von Investitionen in das nächste Jahr.

Erwähnenswert sind neben den drei Schwerpunktbereichen zudem einige weitere Positionen im Haushaltsplan:

- Dass wir uns der Hennefer Geschichte bewusst sind, zeigen die investiven Mittel für die **Sanierung der Stadtmauer** von Stadt



Blankenberg und die Sanierung der **Gedenkstätte der ehemaligen Synagoge** in Geistingen (rund 370.000 Euro).

- Das Integrierte Handlungskonzept, mit dem wir Stadt Blankenberg mit seinem historischen Erbe für die Zukunft fit machen wollen, soll weitere Schritte gehen; mit dem Beginn der Baumaßnahme des **Kultur- und Heimathauses** als Ort für das gesellschaftliche und kulturelle Leben, für unsere Stadtgeschichte und historische Bildung, sowie dem Bau des **Hangspielplatzes** an der Stadtmauer.
- Dem Problem steigender Mieten können wir – zumindest teilweise – mit einem qualifizierten **Mietspiegel** begegnen, für dessen Erstellung 40.000 Euro eingeplant sind.
- Um die Bereitstellung der angemeldeten Finanzmittel möchte ich auch für die **Personalentwicklung** im Rathaus bitten. Damit soll ein systematisches und dauerhaft angelegtes Qualifizierungsprogramm für Führungskräften aufgebaut werden, das bislang in der Stadtverwaltung nicht existiert.

Meine Damen und Herren,

dies ist nur ein Überblick über den Haushaltentwurf 2023, den ich Ihnen heute zur Beratung übergebe. Ich bitte darum, mit Sparsamkeit vorzugehen und den Blick auf das Nötige und das Mögliche zu richten. Wir haben große Projekte, die einstimmig oder mit großer Mehrheit vom Stadtrat getragen werden, und die erhebliche finanzielle und personelle Kapazitäten binden. Das bedeutet aber auch, dass andere Dinge dann zurückstehen müssen. Alles und am besten gleichzeitig kann leider nicht funktionieren.



Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen und ganz besonders unserer Kämmerei, allen voran Eva-Maria Weber und Wolfgang Höhner, für den Marathon der Haushaltsaufstellung mit all seinen Bedürfnissen, Bedarfen, Verteilungskämpfen, Frustrationen und vor allem Zahlenwerken. Die Kolleg*innen stehen Ihnen gerne wieder auch für Ihre fraktionsinternen Beratungen mit Fachwissen zur Seite.

Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,

lassen Sie mich nach den ganzen Zahlen und Projekten noch auf einen Punkt kommen, der mir am Herzen liegt.

Die Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung betrachten – und das merke ich in Gesprächen immer wieder – mit einiger Sorge, die Entwicklung der politischen Debattenkultur in den Ratsausschüssen und Kommissionen, die häufig konstruktiv, aber leider oft eben auch wenig wertschätzend gegenüber den Arbeitsleistungen der Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung ist.

Ich möchte heute keine Beispiele aufführen, die z.T. bis tief ins Persönliche gehen und als teils beleidigend, vorführend oder mit Unterstellungen gespickt empfunden werden, und so ein tiefsitzendes, aber meiner Meinung nach unbegründetes Misstrauen erkennen lassen. Das sorgt für eine große Portion an Frustration.

Ich möchte daher einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass es Ihre und unsere Stadtverwaltung mit hochengagierten und motivierten Kolleginnen und Kollegen ist, die fast jeden Tag auf neue Situationen und in engen finanziellen, rechtlichen und personellen Spielräumen reagiert und zielgerichtet für unsere Stadt arbeitet – ganz unabhängig davon, ob einem das Parteibuch des



Bürgermeisters gefällt oder nicht. Dabei muss man natürlich nicht immer einer Meinung sein, aber einen respektvollen und wertschätzenden Umgang sollten wir pflegen. Vielleicht können wir uns das gemeinsam zu Herzen nehmen.

Lassen Sie uns die Beratungen zum Haushalt für 2023 zu einem guten Beispiel dafür machen, dass wir für unsere Stadt an einem Strang ziehen. Denn wir sitzen alle im selben Boot und das segelt gerade durch sehr stürmische Zeiten. Aber ich bin überzeugt, mit dem heute vorgelegten Haushaltsentwurf in die richtige Richtung.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche gute Beratungen.